Neue POLITI

Beiträge zur politischen Neuordnung

Kommentar-u. Informationsbrief gegr. von Wolf Schenke †

Liebe Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist äußerst selten, daß ich Frau Merkel zustimme: keine Eurobonds !!!! Es kommt gar nicht in Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland auf diese schräge Art und Weise die Schulden der Partnerländer in der EU bezahlt. Es könnte, wenn überhaupt, nur auf der Grundlage präziser Verträge mit den einzelnen Staaten passieren, daß wir, die Deutschen, um des lieben Friedens willen, fremde Schulden bezahlen. Das Gerede, die Deutschen würden ihren Wirtschaftsboom nur auf Kosten ihrer Partner in den europäische Vertragsstaaten erreichen, ist ein ziemlich fragwürdiges Gerede. Es provoziert bei mir die Frage: weshalb sind die anderen Völker nicht so fleißig? Die untereinander vernetzten Gewerkschaften z.B. würden doch Hallo schreien, wie auch andere gesellschaftliche Zusammenschlüsse in Europa, wenn wir Deutsche über Gebühr und auf Kosten unserer Partner wirtschaftlichen Erfolg hätten. Oder sind die Gewerkschaften Papier-Tiger? Wer ist an dieser systematischen Brunnenvergiftung verantwortlich? Sind es die immer noch kursierenden antideutschen Hetzkampagnen? Die jetzt in Deutschland lebenden Generationen sind nicht für die Geschichte in den den ersten fünfzig Jahren des vorigen Jahrhunderts verantwortlich. Der immer noch weltweit grassierende Linksund Rechtsfaschismus (Menschenverachtung) hat seine Wurzeln in gesellschaftspolitischen Bewegungen in den USA, in Rußland. und in China.

Inzwischen, ich schreibe diesen Absatz am 30. Juni, sind wieder Verhandlungen in Brüssel gewesen. Und wie es in unserer politischen Welt so ist, Frau Merkel ist teil-umgefallen. Die maroden Staaten können auf Geldfonds ohne zusätzliche Verhandlungen zurückgreifen, mit bestimmten Regeln, versteht sich. Diese Regeln sind für das Publikum. Regeln gab es auch vorher schon für Griechenland. Wenn es keine Kontrolle und keine Sanktionen gibt, helfen die besten Regelungen nicht. Auffallend ist auch, daß die EU den Banken auf keinen Fall "an den Kragen" geht. Auf der Geisterbahnfahrt der europäischen Regierungen wird in letzter Zeit, wenn es gegenüber der Öffentlichkeit notwendig ist, das Gespenst einer Börsen-(Spekulations-) Steuer aus den Sack gelassen. Es wäre gut, wenn in den EU-Staaten der Spitzensteuersatz für Einkommen bei 50 % liegen würde.

Ich bin für ein Trennbanken-System. Die Banken, die Guthaben/Sparkonten und normale Girokonten verwalten, müssen von den Investitionsbanken, die an der Börse mit eigenem und fremden Geld spekulieren und die das Know-how für Investitionen haben, getrennt werden.

Ich habe spontan auf Seite 7 den Beitrag, Wie sich Mappus von einem Banker einspannen ließ, veröffentlicht und dafür den Kulturspiegel und zwei Leserbriefe für diese Ausgabe gestrichen. Ich bekomme jede Woche irgendeine Mail mit irgendeiner Weltverschwörungsidee, nein, nicht Idee, sondern einer Weltverschwörungs-Behauptung. Wie "schön" ist es dann, wenn ich unheimlich effektiv aus der bundesrepublikanischen Realität diese korrupte Politikerwelt darstellen kann. So ist es: die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ackert sich Tag für Tag ab, versucht, Frieden zu halten, unter Umständen loben die meisten noch Gott und die Politiker, und dann sind wir alle mit einem Mal von Gangstern umgeben. Ich bin auch schon Menschen begegnet, die zugeben, daß sie sich über Geld, nicht dem verdienten, sondern dem erhaltenen Geld, oftmals erlogenen Geld definieren. Ich neige dazu, so etwas als Ulk abzutun - aber der Betrug ist Realität. Wollen wir mal abwarten, was auf uns aus Baden-Württemberg zukommt. Nichts? Möglicherweise! Es wird mir immer wieder gesagt, die Republik ist voller Korruption, mehr, als der normale Bürger vermutet.

Die nächste Baustelle von Betrug, Korruption, Schlamperei und Inkompetenz scheint mir der Willy-Brandt-Flughafen bei Berlin zu sein. Scheint? Wieder neige ich dazu, mich zurückzunehmen und lieber auf "Nummer sicher" zu argumentieren. Aber was passiert? Dieses Monstrum und seine Lage, welches ich persönlich in dieser Form ohnehin für nicht nötig hielt (ich hatte vor Jahren Sperenberg empfohlen) soll jetzt 4,7 Milliarden Euro kosten, nach zweimaliger Verschiebung des Eröffnungstermins. Quelle: DER TAGES-SPIEGEL online.

Da sind wir von 5 Milliarden nicht sehr weit entfernt!

Nicht unerwähnt will ich lassen, daß Herr Wowereit, seines Zeichens Regierender Bürgermeister von Berlin (Ministerpräsident), besonders auf die erfolgreichen Bürger schimpft, die vor dem Oberverwaltungsgericht einen verbesserten Schallschutz durchgesetzt haben. Bürgerrecht geht vor Politiker-Geschwafel (oder Bestechung?). Es muß doch mal endlich klar sein, daß solche Leute und ihre Parteien nicht wählbar sind.

Sperenberg hatte in den 1990er Jahren den Wettbewerb um den Standort des Willy-Brandt-Flughafens gewonnen. Trotzdem wurde der Zuschlag Schönefeld erteilt. Jetzt höre ich, daß die damalige Bundesregierung Kohl Sperenberg abgelehnt hat, weil sich dort ein Flughafen besser und effektiver hätte bauen lassen, mit einigen Optionen für Erweiterungen. Die Regierung Kohl wollte keine zu starke Konkurrenz für die Flughäfen der Alt-BRD.

Jetzt wird festgestellt, daß der im Bau befindliche Willy-Brandt-Flughafen auf der einen Seite übertechnisiert ist, so daß sich die Installationen von Leitungen und Schaltsystemen gegenseitig im Wege sind, und daß der Flughafen auf der anderen Seite zu klein dimensioniert ist. Ein Desaster sondergleichen.

Eine Freundin machte mich auf Felix Finkbeiner aufmerksam, einen inzwischen 14jährigen Jungen, der mit neun Jahren die Umweltschutzorganisation "Plant-for-the-Planet" (www.plant-for-the-planet.org) gegründet hat. Felix kommt aus dem Lateinischen (felix, felicis) und bedeutet "vom Glück begünstigt", "glücklich", "erfolgreich" oder "der Glückliche". Auf den Videos der ARD-Mediathek, http://www.youtube.com/ watch?v=34ig2apY-d0, http://tvtotal. pro-sieben.de/Prosieben.de/Prosieben.de/ Tvtotal/videos/player/index.html?conte und http://www.faz.net/aktuell/ beruf-chance/ meinweg/felix-finkbeiner-ein-junge-fuer-eine-million-baeume-1893568.html können Sie unter dem Motto Ich lebe länger als Du einen sehr aufgeschlossenen, nachdenklichen Jungen sehen, der erreichen will, daß seine Altersgenossinnen und - genossen überall auf dieser Erde Bäume pflanzen. "Es bringt mich auf die Palme, wenn den Erwachsenen Geld, Macht und Bequemlichkeit wichtiger sind als die Zukunft ihrer Kinder" ist eine Äußerung von ihm, die im Internet wiedergegeben ist. In einer Video-Szene bat er vergeblich vermögende Leute, ein Promille ihres Jahreseinkommens zu Spenden. Ich kenne das! Die meisten Menschen wollen noch nicht einmal € 15,60 Jahresabonnement auf bringen.

Die nächste Ausgabe erscheint im Septem-

Mit freundlichen Grüßen

(Dieter Kersten, 9. Juli 2012)

(D.K.) Der Anteil der Juristen im Deutschen Bundestag beträgt etwa 19 %. In der Bevölkerung ist der Anteil nicht einmal 0,5 %. Den Prozentsatz der arbeitslosen Juristen habe ich leider nicht ermitteln können. Er soll sehr groß sein. Was für eine Faszination geht bei dieser Annahme ausgerechnet von der Juristerei aus? Ich hätte das ganz gerne erfahren. Jeder Studienplatz, der nicht zu einem gewünschten Erfolg führt, kostet dem Steuerzahler viel Geld. Unter der Uberschrift "Richter, die nicht richten wollen", berichtet Wolfgang Reuter am 20. 12. 2011 im HANDELSBLATT über ein Gerichtsverfahren gegen den Ex-Deutsche-Bank-Chef Rolf E. Breuer in Sachen Kirch-Pleite. Es geht um Geld, viel Geld, aber es wird kein Urteil gefällt. Es werden sehr mäßige Geldstrafen verhängt, u.a. mit dem Argument, daß ein Prozeß zu lange dauern würde, was man allen Beteiligten ersparen will. Recht wird nicht gesprochen. Klassenjustiz ist üblich.

Recherchen im Internet, z.B. auf der Seite teredo.info/teredo/zentralkurier/091001.htm zeigen, daß die Kenner der juristischen Szene sich keinen Augenblick darüber im Zweifel sind, daß sich die Juristen selbst noch immer einen guten Ruf andichten, obwohl sie längst, weit verbreitet im Volk, als gemeine rechtsbrecherische Verbindung angesehen werden. Auf zahlreichen Internetseiten, von denen viele mit Link-Verbindungen von der Seite www.teredo.info aus betrachtet werden können, ergibt sich, daß die Richter in ganz Deutschland das Gesetz nach Belieben mißachten. Der erste Tatrichter wird dabei bedingungslos von den nachfolgenden Kollegen entsprechend den Standesrichtlinien gedeckt und mit dem so genannten Richterprivileg vor Strafe geschützt. Der Satz, "Auf hoher See und vor Gericht sei man in Gottes Hand.", ist längst der Erkenntnis gewichen, "vor Gericht in der Zwangsjacke vor Teufeln in der Verkleidung von Richtern zu sitzen", die ihre Diktate mittlerweile auch ohne Kenntnis des Klägers, ohne Verhandlung, ohne rechtliches Gehör in unfairem Verfahren als nicht gesetzliche Richter am grünen Tisch mit hohen vernichtenden Kostenfestsetzungen überfallartig erlassen - und auch noch häufig für unanfechtbar erklären.

Lesen Sie dazu auch den Kommentar eines gewieften Journalisten, Ressortleiter Unternehmen und Märkte beim HANDELSBLATT, Ausgabe 20.12.2011, unter der Überschrift "Richter, die nicht richten wollen".

In der Ausgabe November/Dezember 2011 der NP befaßte ich mich mit dem "Verein der Justizgeschädigten" in Würzburg und mit den unberechtigten Abbuchungen von dem Konto NEUE POLITIK und den Geldeintreibern aus München.

Mein Schlußsätze damals: Unser Rechtssystem schützt in weiten Teilen nicht den Bürger. Direkte Demokratie macht ein neues Recht vonnöten, welches die Rechte der angeblichen Schuldner gegenüber den falschen Gläubigern, aber auch gegenüber Rechtsanwaltskanzleien, stärkt. Verbraucher-

Justizreform, Justizirrtümer, Justizkriminelle und Geld

schutzzentralen mit ihren bürokratischen Hürden reichen da nicht. Verbraucherschutzzentralen erscheinen mir "pflaumenweich" zu sein. Es wird mir berichtet, daß "Gläubiger" und vor allen Dingen aber Rechtsanwaltskanzleien, Millionen Euro im Jahr auf diese Art unberechtigterweise eintreiben. Insbesondere alte Leute werden Opfer solcher Büros wie Auer Witte Thiel. Seien Sie also vorsichtig. Justizgeschädigte gibt es "zu Hauf".

1962 wurde Vera Brühne trotz sehr schwacher Indizienlage mit ihrem Mitangeklagten Johann Ferbach wegen gemeinschaftlichen Doppelmordes an dem in Geheimdienstaktivitäten verwickelten Münchener Arzt Dr. Otto Praun und seiner Haushälterin Elfriede Kloo zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt und erst 1979 von Franz Josef Strauß unter der Bedingung begnadigt, daß die Hintergrundrecherchen eines Journalisten zunächst nicht veröffentlicht würden, um einen politischen Skandal zu vermeiden. Vera Brühne hat bis zu ihrem Tod 2001 bestritten, die Mörderin zu sein. Verwickelt in dem Fall war der persönliche Referent des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, Werner Repenning. Er war, einzeln und zusammen mit seinem Chef Strauß, in verschiedene unaufgeklärte Bestechungs- Affären verwickelt. Juristisch ist das alles nie geklärt worden. Die Hintergrundrecherchen sind meines Wissens nie veröffentlicht worden. Otto Praun soll auch Waffenhändler gewesen sein.

Mein väterlicher Freund Hermann Schwann, 1953 bis 1957 FDP-Bundestagsabgeordneter, hat mir kurz vor seinem Tod (15. Januar 1977) seine Akte Vera Brühne gezeigt und mir von Drohanrufen berichtet: wenn er sich weiterhin um eine Rehabilitation der Frau bemühen würde, wäre er bald ein toter Mann. Die Akte ist vermutlich bei der Friedrich-Naumann-Stiftung und/oder bei der Thomas-Dehler-Stiftung gelandet. "Still ruht - dort - der See" - kein Gericht kümmert sich um die Affären um Strauß, seiner Mitarbeiter und die Machenschaften seiner Familie. Dabei ist der jetzige bayrische Ministerpräsident Seehofer ein politischer "Enkel" des alten verstorbenen Ministerpräsidenten Strauß. Ich bin ziemlich sicher, daß es in den bayerischen Niederungen nicht nur reichlichen politischen Schutt gibt, sondern immer noch funktionierende Seilschaften.

In der Ausgabe November/Dezember 2010 der NEUEN POLITIK berichtete ich über die kundenfeindliche Allianz und einen kriminellen Vertreter dieser Versicherung. Der Versiche-

rungsvertreter hat Wertpapiere verkauft, die keine waren. Er hat das Geld verspielt. Die Allianz weigert sich, für den Schaden einzustehen. Frank Heinze, einer der Betrogenen, den ich zitierte, ist fleißig "am Ball" geblieben, mit der bisherigen traurigen Erkenntnis, daß kein Richter einer solchen Firma, wie der Allianz, "ein Haar krümmen" wird. Dabei scheint mir das Interesse an diesem Allianz-Betrug bei unseren Mitbürgern zu steigen. Hoffen wir, daß das anhält und der Allianz-Vorstand eines Tages von den geschädigten Bürgern ganz persönlich und meinetwegen körperlich in den Schwitzkasten genommen wird. Sie wissen ja, ich bin gegen jede Gewalt!! Aber was soll man mit Gesindel machen??

Frank Heinze überließ mir die Seite 46 aus der Wochenzeitschrift DER SPIEGEL Nr. 20/2012 - Überschrift - STRAFJUSTIZ - Verkehrte Welt - Wie die bayerische Justiz gewalttätige Polizisten schützt von Gisela Friedrichsen. Ich schicke gerne auf Anforderung allen Leser über das Internet per Email die PDF-Datei zu. Gewalttätige Polizisten sind nun wirklich nichts Neues. Die meisten Bürger denken, solche Geschichten sind erfunden, oder gehören in das 3. Reich oder in den Willkürstaat DDR. Nein, es ist auch in der demokratischen BRD üblich, unbescholtene Bürger durch körperlichen Zwang und mit Hilfe von in Zivil gekleideten Polizisten gefügig zu machen. Als anläßlich der letzten 1. Mai-Demonstration der "Regierende" oder sein "Innensenator" (beide Berlin) laut darüber nachdachten, wie die Polizei zu schützen wäre, dachte ich darüber nach - ohne Presse-Echo - wer mich vor der Polizei schützt.

Meine Mutter mußte Anfang der 50ger Jahre zur Westberliner PoPo (Politische Polizei) und kam wütend wieder: "Die gleichen Typen wie bei der GESTAPO". In deren Geist sind nach 1945 in Ost und West die Polizei erzogen worden.

Hinzu kommt die ganz bürgerliche Unhöflichkeit, die ich, so selten ich mit den Uniformträgern zu tun habe, besonders bei den Frauen in Uniform erlebt habe. Ich empfehle eine sehr intensive staatliche Prüfung der PolizistInnen in ganz persönlicher Höflichkeit - auch am Telefon.

In einer bekannten Kleinstadt an der Weser, wurde in einem bürgerlichen Haus eine Wohnung an eine junge Russin vermietet, die einen türkischen Freund hat, der sie fast jede

IMPRESSUM

Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber und Redaktion: von Dieter Kersten Verlag NEUE POLITIK GmbH.; Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030 - 822 52 11, Fax 030 - 821 62 88, www.neuepolitik.com, Email kersten@snafu.de.

Konto: NEUE POLITIK GmbH. bei der Berliner Bank AG., Konto-Nr. 310442900, BLZ 100 708 48; International Bank Account Nummer - IBAN DE26 100 708 480 3104429 00; Internationale Bankidentifikation BIC/SWIFT-Code DEUT DE DB110

Erscheinungsweise: sechsmal im Jahr und kostet im Abonnement $\mathfrak E$ 15,60 jährlich (europäisches Ausland $\mathfrak E$ 18,-, außereuropäisches Ausland $\mathfrak E$ 21,-). Eine Kündigung ist jeweils zum Abonnementsende möglich. Alle mit D.K. gekennzeichneten Beiträge stammen vom Herausgeber. Der Abdruck aller Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet. Wir bitten um ein Belegexemplar.

Nacht verprügelt (er ist nicht Mieter!). Eine betagte Nachbarin versuchte durch Ansprache diesen Lärm zu dämpfen, wurde dann aber unflätig beschimpft: Nazioma, Hurenoma ... Die gerufene Polizei empfahl ihr, Anzeige zu erstatten, was sie auch tat. Die Dame wurde, wie sagt man? - zur Beweisaufnahme zur Polizei bestellt. Nach Wochen kommt ein gerichtlicher Bescheid, ohne jede weitere Anhörung: Nazioma und Hurenoma sei kein Grund der Beschwerde, sie, die alte Dame, den Freund der Russin beschimpft und damit provoziert hätte. Die alte Dame ist eine Dame; sie würde nie einen Menschen öffentlich beschimpfen. Der Vermieter hat inzwischen die Wohnung der Russin gekündigt. Er hat alle Räumungs-Titel gegen die Russin. Der Vermieter wird dennoch in unserem Rechtsstaat die Frau nicht los.

Die alte Dame und ihre Angehörigen sind überzeugt, daß in der Wohnung ein intensiver Rauschgifthandel stattfindet.

Wir sind alle von Justiz- und Polizei-Terror betroffen, aber, da uns das Recht zu kompliziert erscheint, trauen wir uns nicht an das Thema ran. Auch ich kann nur den Anstoß geben. Es ist in den letzten hundert bis hundertfünfzig Jahren den Rechtskundigen gelungen, dem Recht, welches immer das Recht des Bürgers sein sollte, einen solchen komplizierten Drall zu geben, das das Recht undurchsichtig wurde.

Hinzu kommt, daß auch die "Brüsseler Kommissare" den EU-Bürger eigene Gesetze zumuten. Der Grundsatz, was der Bürger "vor Ort" regeln kann, soll er auch selber regeln, wird nicht eingehalten. Diese Art von Gesetzgebung muß basisdemokratisch und energisch verhindert (bekämpft) werden. Sie ist im Kern autoritär.

Ich bin der Auffassung, daß alle in Deutschland gültigen Gesetzbücher neu geschrieben werden müssen. Die Gesetze müssen die modernen Lebensumstände berücksichtigen. Es kann nicht sein, daß ein Wust von Grundsatzentscheidungen der Bundesgerichte und neuerdings auch der europäischen Gerichte, das Gesetzwesen und die Gesellschaft beherrschen. Keiner weiß mehr, ob der Wortlaut des Gesetzes gilt, oder die Grundsatzurteile hoher Gerichte. Recht darf nicht nur von Fachleuten, sondern muß auch vom Laien verstanden werden. Eine gründliche Revision der Gesetzbücher muß deshalb mit Hilfe des Bür-

gers stattfinden. Volksversammlungen (Nachbarschaften), Volksbefragungen und Volksabstimmungen müssen die Neuformulierungen begleiten. Es ist eine schwere Aufgabe, in die jeder Bürger viel Zeit investieren muß. Es geht um den gesellschaftlichen Frieden.

An der Stelle nur als Erinnerungsnotiz: Richter sollten vom Volk gewählt werden.

Schon vor Jahren sagte mir ein Senatsangestellter (gehobener Öffentlicher Dienst), daß er ganz glücklich wäre, daß die Gesetze nicht so präzise formuliert sind. Dann hätte er einen größeren Spielraum für Entscheidungen. Der Bürger, der mit seinen Entscheidungen nicht einverstanden ist, könne ja ein Gericht anrufen. Finden Sie das richtig, liebe Leserin, lieber Leser? Ich fühle mich verscheißert.

Zum Schluß: Mir fiel dieser Tage eine Seite aus der Wochenzeitschrift DER FREITAG vom 5. Januar in die Hand, auf der berichtet wird, wie unter den ehemaligen Chef des BND (Bundesnachrichtendienst), Uhrlau, die Computer der Mitarbeiter gefilzt worden sind, illegal, wie das Bundesverwaltungsgericht feststellte. Die Geisteshaltung, die hinter solchen Gesetzesverstößen steckt, ist im Kern demokratiefeindlich.

Praktische Alternativen zum Geldsystem

von Robert Podzuweit

Die Krise des Geldsystems

Die Finanz- und Eurokrise zeigt uns beinahe täglich, daß unser derzeitiges Geldsystem nicht mehr in der Lage ist, den Wirtschaftskreislauf ohne große Störungen in Bewegung zu halten. Nun sind Krisen im Geld- und Wirtschaftssystem keine neuartigen Erscheinungen, die seit vielen Jahrzehnten nicht abreißende Diskussion darüber legt ein deutliches Zeugnis ab. Bisher waren aber meistens einzelne Fehlfunktionen Inhalt der Diskussion. Das seit mehren Jahren der Staat, und somit alle Bürger, immer größere Geldsummen bereitstellen müssen damit das Geldsystem nicht vollständig zusammenbricht ist jedoch eine dramatische Zuspitzung der Situation.

Somit stellt sich die Frage, ob es genügt nur einzelne Aspekte des Geldes zu betrachten, oder ob das Geld in seiner heutigen Form gänzlich in Frage gestellt werden muß.

Die Funktion des Geldes

Geld hat in unserer Wirtschaft die Funktion eines universellen Tauschmittels und erleichtert so den Güteraustausch. Des weiteren dient es auch zur Wertaufbewahrung. Wird Geld zur Wertaufbewahrung gehortet, so kann der Geldkreislauf ins Stocken geraten. Viele Reform-Geld-Ideen setzten hier an. Mit Hilfe des Zinses soll im heutigen Geldsystem das Geld wieder in den Kreislauf gebracht werden, was dramatische Nebenwirkungen erzeugt. Zusätzlich hat es den Effekt, Menschen von der Nutzung kaufbarer Dinge auszuschließen. Wer Geld hat, kann etwas nutzen, wer kein Geld hat, nicht. Geldwirtschaft ist somit eine Methode, die Verteilung von Dingen zu organisieren, die nicht so häufig sind wie die Menschen es gerne hätten. Ein Tausch von Dingen, die im Überfluß vorhanden sind, würde ja auch wenig Sinn machen. Geld ist also eine Methode den Mangel zu verwalten.

Mangel oder Überfluß?

Institutionen und Menschen, die über große Geldsummen verfügen, bestimmen darüber, wer etwas haben kann und wer nicht. In welche Teile der Volkswirtschaft Investitionen fließen, und darüber, wofür kein Geld da sein soll. Sie üben Macht über andere Menschen aus. Und sie wollen in der Regel, daß das so bleibt. Sie haben ein Interesse daran, daß weiter ein Mangel besteht, oder zumindest der Eindruck des Mangels herrscht.

Andererseits hat die Produktion ein Ausmaß erreicht, daß sich die Frage stellt wer das alles brauchen soll. Nur durch das ständige Wegwerfen von Dingen, die an sich noch brauch-

bar sind, kann der Eindruck der Knappheit aufrecht erhalten werden.

Besonders interessant wird es, wenn der Staat viele Millionen ausgibt, um Werte zu vernichten. Immerhin sind dafür keine Kriege mehr notwendig. Durch die Förderung des Wohnungsabrisses in den 1990-er und 2000-er Jahren im Osten Deutschlands gelang es das "Überangebot" an Wohnungen und damit sinkende Mieten zu verhindern.

Und erst vor Kurzem bei der "Abwrackprämie" für die Verschrottung funktionierender Autos konnte der Überfluß an PKWs verhindert werden. Daneben wird mittels Werbung viel Geld ausgegeben, um den Menschen zu erzählen, ihre funktionierenden Dinge seien nicht mehr gut genug oder aus der Mode und deshalb müßten sie alles neu kaufen.

Nach Berechnungen von Darwin Dante (Darwin Dante: Die 5-Stunden-Woche, Frankfurt 1993, Im Netz: http://www. 5-stunden-woche.de/band1.pdf)wäre in Deutschland nur eine Arbeitszeit von 5 Stunden in der Woche notwendig um die gebrauchten Dinge und Dienstleistungen zu produzieren. Die Arbeitszeit, die notwendig ist um das Geldsystem aufrecht zu erhalten wie z.B. Rechnungswesen, Finanzämter, Werbeagenturen, große Teile der Justiz etc. entfällt.

Die Gratisökonomie

Die technischen Vorraussetzungen zum Ausstieg aus dem Geldsystem scheinen also gegeben zu sein. Ist aber auch die Organisation der Arbeit ohne Geld machbar?

Überall gibt es Menschen, die Dinge tun, die sie gerne wollen. Der große Bereich ehrenamtlicher Tätigkeiten zeigt dies deutlich. Die Erschaffung freier Software ist ein Beispiel, daß freiwillige Tätigkeit nicht auf den sozialen und kulturellen Bereich beschränkt sein muß, sondern auch hochgradig arbeitsteilige und komplexe Produktion umfassen kann. So sind fast sämtliche Arten von Computerprogrammen, vom Betriebssystem über Büround Internetprogrammen bis hin zu Spielen, als freie Software erhältlich.

Der Ausstieg aus dem Geldsystem

Das Geldsystem zu verlassen ist trotz vieler Ansätze nicht ohne weiteres möglich. Selbst wenn Menschen sich entscheiden würden auf ihrem Land Nahrungsmittel für sich selber anzubauen um davon zu leben: Spätestens wenn der Staat die Grundsteuer einfordert, besteht in unseren Breiten der Zwang, Geld zu haben. Auch historisch wurden Steuern (z.B. als Kopfsteuer im 19 Jh. in den Kolonien der europäischen Staaten) vielfach eingeführt um die Menschen zur fremdbestimmten Arbeit zu zwingen. Auch der heutige Zwang zur Krankenversicherung stellt hier eine echte Herausforderung dar.

Wenn auch der Ausstieg als Ganzes derzeit für den Einzelnen vorerst fast unmöglich scheint, so ist es doch möglich die Abhängigkeit vom Geld stark zu reduzieren. Die Unabhängigkeit vom Geld läßt sich um so leichter erreichen, je stärker die Menschen direkt miteinander kooperieren und sich so von dem Austausch der Märkte zurückziehen können. Die gemeinschaftliche Nutzung langlebiger Konsumgüter wie Waschmaschinen oder Autos, die Mitarbeit in Tauschringen, die Nutzung von zur Vernichtung vorgesehenen Nahrungsmittelüberproduktion (Containern), die Installierung einer autonomen Energieversorgung (z.B. Sonnenenergie), Dinge selber reparieren statt wegzuwerfen und Umsonstläden sind einige solcher Möglichkeiten.

Umsonstläden als Baustein einer Gratisökonomie

Um den Überfluß des Reichtums der Konsumgesellschaft für Alle besser nutzbar zu machen, bedarf es neuer Orte des Austausches. 1999 wurde in Hamburg der erste Umsonstladen in Deutschland eröffnet. Heute existieren hierzulande über 40 Läden.

In einen Umsonstladen bringen Menschen Dinge, die sie nicht mehr benötigen, aber noch gut brauchbar und zu schade zum Wegwerfen sind. Menschen, die etwas brauchen, können Dinge aus dem Laden mitnehmen. Weder für das Hinbringen noch für das Mitnehmen gibt es eine Pflicht zur Gegenleistung. Die Betreuung eines Laden wird durch Freiwillige geleistet. Im Sortiment eines Umsonstladen lassen sich Bekleidung, Bücher, Elektrogeräte, Hausrat (Gläser, Teller, Töpfe usw.) Kleinmöbel, Spielzeug und ähnliche Produkte finden. Obwohl es der gängigen Marktlogik widerspricht, sind die Menschen bereit, diese Dinge der Allgemeinheit zu schenken.

Die Wirkungen des Umsonstladen-Prinzips

Die Umverteilung von Dingen in einem Umsonstladen hat drei gesellschaftliche Wirkungen:

- sozial
- ökologisch
- politisch

Ein Umsonstladen ermöglicht Menschen ohne oder mit geringem Einkommen, durch zusätzlichen Konsum von benötigten Dingen ihre Lebensqualität zu erhöhen. Der Konsum von Dingen aus einem Umsonstladen benötigt keinen zusätzlichen Ressourcenverbrauch und produziert keinen zusätzlichen Müll. Menschen, die sich aus einen Umsonstladen versorgen benötigen weniger Geld und die geldvermittelte Warenproduktion wird gesenkt. Zudem können Menschen durch Verringerung ihrer Erwerbsarbeit ihre Zeit für anderes verwenden, z.B. zur Produktion von Dingen, die sie gerne herstellen wollen. Und vielleicht anschließend verschenken. Je weiter die Gratisökonomie um sich greift, desto mehr haben die Menschen die Möglichkeit sich vom Geld zu emanzipieren.

Probleme von Umsonstläden

Natürlich ist ein Umsonstladen keine "Insel der Seeligen". Im Umfeld der Geldwirtschaft werden Mittel benötigt um Miete, Strom usw. zu bezahlen. Da ein Umsonstladen keine "normalen" Einnahmen hat, wird dies meistens über Spenden organisiert. Doch oft stellen Institutionen Räume auch kostenlos zur Verfügung.

"Brauchst Du das wirklich?"

Für viele Menschen ist es nicht zu verstehen, daß sie nichts bezahlen müssen. Wo sonst überall verkündet wird, daß noch nicht einmal der Tod umsonst sei. Und so kommt es vor, daß Menschen einen Umsonstladen mit einem "0-Euro-Schnäppchenparadies" verwechseln und blind alles einpacken wollen. Oder Menschen suchen Dinge, die sie verkaufen können. Daher ist es immer wieder notwendig Nutzer/innen darauf hinzuweisen, daß sie gerne die Dinge mitnehmen können, die sie brauchen, aber ein Umsonstladen nicht dazu dient, Sachen anzuhäufen. Je stärker Umsonstläden Normalität werden, je sicherer die Menschen davon ausgehen können die benötigten Dinge in einem Umsonstladen zu finden, je weniger sich Dinge auf einem Flohmarkt gut verkaufen lassen, desto weniger wird es Versuche geben einen Umsonstladen entgegen seiner Grundsätze zu nutzen.

Das Potential von Umsonstläden

Trotz aller positiven Aspekte von Umsonstläden stellt sich die Frage, ob es sich um ein verallgemeinerbares Prinzip handelt oder ob ein Umsonstladen exotische Ausnahme bleiben wird.

Grundsätzlich wird dies davon abhängen, ob die Menschen beim Geldsystem bleiben wollen oder nicht. Für die nähere Zukunft ist eine deutliche Ausweitung des Umsonstladengedankens möglich. Ein Besuch bei einem Recyclinghof der Müllentsorgung läßt die gigantischen Ströme an Waren erkennen, die dort, obwohl im guten Zustand, zerstört werden.

Eine am Eingang eines solchen Betriebshofes postierte Sammelstelle hätte gute Chancen einen Teil der Dinge vor der Vernichtung zu bewahren.

Ein Blick auf eine Internet-Auktionsplattform zeigt nicht nur weitere Warenmengen. Zu sehen ist auch, daß bei vielen Angeboten es nur wenig oder keine Nachfrage gibt, da allein die Versandkosten den Geldwert übersteigen. Ein dichtes Netz von Umsonstläden würde es vielen Menschen ihre Dinge erlauben, ohne viel eigenen Aufwand anderen zum Gebrauch zu überlassen.

Längerfristig kann das System jedoch an eine Grenze stoßen: Je mehr Dinge über Umsonstläden verteilt werden, desto intensiver wird deren Nutzung. Ein Teil dient der Ausweitung des kostenfreien und ökologisch ver-

träglichen Konsums. Andere werden den Konsum von in der Geldwirtschaft hergestellten Waren ersetzten und deren Produktion verringern. Der Warenüberschuß kann reduziert werden, bis alles optimal genutzt wird. Die im Geldsystem produzierten Waren können so aber nicht vollständig ersetzt werden. Nur wenn Menschen beginnen, ihre durch Reduktion der Erwerbsarbeit gewonnene Zeit zur Produktion von Gegenständen und Dienstleistungen, die sie gerne herstellen wollen, zu nutzen und diese der Gratisökonomie zur Verfügung stellen, wird die Reduktion der Geldsphäre der Wirtschaft weiter anhalten, bis sie vollständig ersetzt wird.

Weitere Schritte und politische Erfordernisse

Umsonstläden können nur ein Hilfsmittel sein, den Reichtum an Dingen auf freiwilliger Basis umzuverteilen.

Für das Wohnen, die Produktion von Nahrungsmitteln und das Gesundheitswesen werden weitere Ideen gefordert sein. Insbesondere wird die Frage zu stellen sein, wie die Verfügung über Grund und Boden organisiert wird.

Um im Umfeld des Geldsystems Menschen einen Ausstieg zu ermöglichen, bedarf es der Umsetzung einiger Voraussetzungen:

- gesellschaftliche Akzeptanz bei bewußter Entscheidung eines Individuums gegen ein Konto bei einer Bank
- kostenlose Gesundheitsversorgung
- kostenloses Bildungssystem
- Abschaffung der Grundsteuer für:
- selbstgenutzten Wohnraum
- selbstgenutzte Landwirtschaft

weiter ist wünschenswert:

- kostenloser öffentlicher Nahverkehr 🔲

Ein besonderer Hinweis

Sie können in Zukunft den kompletten Kommentar- und Informationsbrief zusammen mit der Bücherliste, über das Internet als PDF-Datei beziehen. Ich brauche dazu Ihre Email-Adresse. Wenn Sie es wünschen, würde ich Ihnen den Kommentar- und Informationsbrief sowohl in Papierform als auch als PDF-Datei zuschicken.